



Niederschrift

I. Öffentlicher Teil

Sitzung	des Ausschusses für Bildung, Sport, Kultur und sorbische/wendische Angelegenheiten
Ort:	Stadthaus, Erich Kästner Platz 1, 03046 Cottbus, Ratssaal
Datum	04.06.2026
Beginn	17:01 Uhr
Ende	19:43 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chóśebuz

02.07.2026

Tagesordnung (Stand: 04.06.2026)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Berichte und Informationen
 - 6.1. Bilanz: Abschluss des ersten Schuljahres mit neuorganisierten multiprofessionellen Teams (MPT) an Schulen
 - 6.2. Zum Stand: Externes Handlungskonzept Rechtsextremismus/ExKoRex
 - 6.3. Vorstellung der Wanderausstellung zur Suchtprävention an Schule
 - 6.4. Stand der Schulentwicklungsplanung (SEP) 2027 ff.
7. Vorlagen der Verwaltung
 - 7.1. Vergabeentscheidung zur Beauftragung von Planungsleistungen die LP 1 und LP 2 nach Durchführung eines EU-weiten VgV-Vergabeverfahrens
Objektplanung „Entwicklung Gesamtschulstandort Joliot-Curie-Straße/Gartenstraße“ (Gebäude und Innenräume sowie Gutachten, z.B. Brandschutz)
Vorlage: II.1-008/26 StVV
8. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
9. Sonstiges

II. Nicht öffentlicher Teil

Es liegen keine Themen für den nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung vor.

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
3. Berichte und Informationen
4. Vorlagen der Verwaltung
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Sonstiges
7. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Dr. Mario Kaun

1. Stellvertretender Vorsitz

Herr Michael Rabes

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Katja Arnold, Frau Anja Heger, Herr Felix Kotzur, Herr Christopher Neumann, Herr Michael Rabes, Frau Bianca Scheuerecker, Herr Andy Schöngarth, Herr Dr. Hans Ulrich Wünsch

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Herr René Koch, Frau Kathrin Kaßner

Sachkundige/r Einwohner/in

Frau Marika Berger, Herr Maik Hoffmann, Herr Tobias Kahl, Herr Florian Neumann-Szonn, Herr Leon Pannicke, Frau Elke Puder, Herr Oliver Ringwelski, Herr Jan Schwarzer, Herr Heiko Selka, Frau Ines Strehlau, Frau Elke Wolff

Beratendes Mitglied der Domowina

Herr Robert Fischer

Beratendes Mitglied des Kreisschulbeirates

Frau Claudia Brunzel

Beratendes Mitglied des Staatlichen Schulamtes Cottbus

/

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Kaun begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Ausschusssitzung um 17:01 Uhr.

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Der Ausschuss ist

- ab 17:01 Uhr mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig,
- ab 17:23 Uhr mit 11 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig,
- ab 19:17 Uhr mit 10 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung wird ohne Änderungen bestätigt.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Die Tagesordnung wird einstimmig unter nachfolgender Änderung bestätigt:
Ergänzung unter TOP 6.2: Frau Piolka mit Ausführungen zu Angriffen auf Kulturorte.

TOP 5

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

Es lagen keine Anfragen vor.

TOP 6

Berichte und Informationen

TOP 6.1

Bilanz: Abschluss des ersten Schuljahres mit neuorganisierten multiprofessionellen Teams (MPT) an Schulen

Dokument: Präsentation

Lars Greifenhagen, Prokurist, Johanniter-Dienste Berlin/Brandenburg gGmbH

Herr Greifenhagen führt mit einer Bilanz nach dem ersten Schuljahr der MPT an Schulen aus (siehe Präsentation).

Frau Arnold fragt nach einer Bezifferung der finanziellen Einsparungen für die Stadt durch den Einsatz der multiprofessionellen Teams. Herr Greifenhagen benennt die Annahme, dass 150 Schülerinnen und Schüler Anspruch auf Einzelfallhilfe seitens Sozialamt mit einer Betreuungszeit von 6 Stunden am Tag hätten, dies wären Kosten von 7,5 Mio. Euro im Jahr. Hinzu kämen Schülerinnen und Schüler mit Anspruch nach SGB V III (Jugendamt), mit 1,5 Mio. Euro. Zudem würden für die Lerntherapie, die durch Heilpädagogen ersetzt werden kann, im Jahr ca. 1,9 Mio. Euro anfallen. Dies ergibt, unter der Annahme bundesdurchschnittlicher Sätze, eine Summe von 10,9 Mio. Euro, die jährlich anfallen würden.

Frau Scheuerecker fragt nach der Verzahnung der multiprofessionellen Teams mit der Schulsozialarbeit. Herr Greifenhagen führt aus, dass die Sozialarbeitenden an Schule nicht über die multiprofessionellen Teams gestellt werden. Herr Kochan ergänzt, dass die Schulsozialarbeit als koordinierender Bestandteil eng mit den multiprofessionellen Teams zusammenarbeitet, finanziell jedoch unabhängig von diesen ist.

Herr Schöngarth fragt nach einer Übersicht, welche Schulen Sozialarbeit haben. Frau Belle verweist auf die Vorlage zur Sozialarbeit an Schule im Internet. [Nachtrag zum Protokoll: siehe Vorlage [I.1-014/26 JHA Jugendsozialarbeit am Standort Schule: Teilfachplanung Schulsozialarbeit 2026-2032 \(i.R.d. Jugendhilfeplanung\)](#)]

Herr Kotzur fragt nach den Gründen für den Rückgang der Anträge für Einzelfallhilfen. Herr Greifenhagen führt die veränderte Konzeption der Zusammenarbeit der Schulsozialarbeit und der Heilpädagogen an. Mit dem guten Zusammenspiel aller Professionen wurde eine Struktur geschaffen, die die Kinder gut abholt und umsorgt. Herr Kochan ergänzt, dass der Hauptfokus der multiprofessionellen Teams die Präventionsarbeit ist. Es ist schwierig, genau auf einen einzelnen Grund herunterzubrechen, warum für ein Kind kein Antrag gestellt wurde. Zahlenwerke, die zur Verfügung stehen, zeigen eine Kostenersparnis. Er verweist nochmals darauf, dass, egal in welchem Prozentsatz die Anträge zurückgehen, wir jedoch absolut steigende Schülerzahlen haben und die Förderbedarfe jeglicher Art steigen. Er bewertet es als Erfolg, bei steigender Grundgesamtheit bereits eine Stagnation der Anträge zu erreichen.

Herr Selka fragt nach dem ursprünglichen Ziel des personellen Ausbaus der Schulgesundheitsfachkräfte, sodass künftig jede Grundschule auf entsprechende Unterstützung zurückgreifen kann. Vor dem Hintergrund der neuen Strukturen möchte er wissen, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Herr Greifenhagen führt aus, dass dies individuell zu betrachten ist, wobei jeder ein anderes Gefühl hat, was benötigt wird. Es sind derzeit in Zahlen nicht mehr Schulgesundheitsfachkräfte geworden, aber die Strukturen dahinter sind anders. Schulgesundheitsfachkräfte sind z.B. auch per Telefon erreichbar und stehen beratend zur Seite. Dies gibt den Schulen, die es nutzen, eine Handlungssicherheit im Umgang mit gesundheitlichen Problemen. Zudem sind Schulgesundheitsfachkräfte bei vereinbarten Terminen auch mobil unterwegs, haben dennoch ihre feste Schule. Die Johanniter sind zudem wieder stärker vernetzt mit den Schulgesundheitsfachkräften, die über die Stadt beschäftigt sind (jeweils eine Kollegin in der Spreeschule sowie in der Bauhausschule). Mit diesen wurde sich verständigt, dass gemeinsame Präventionsprojekte ins Leben gerufen und an den Schulen umgesetzt werden sollen, an denen keine tägliche

Präsenz gegeben ist. So, dass alle Schulen davon profitieren. Frau Belle ergänzt, dass das Projekt zunächst mit drei Schulgesundheitsfachkräften gestartet ist. Im weiteren Verlauf habe die Stadt eine Aufstockung auf fünf Stellen finanziert, die nach Projektende dauerhaft durch die Kommune übernommen wurden. Für einen weiteren Ausbau fehlen derzeit die finanziellen Mittel. Daher bedankt sie sich bei Herrn Greifenhagen für die gemeinsame Entwicklung eines Konzeptes, mit dem die vorhandenen Fachkräfte möglichst flächendeckend eingesetzt werden können.

Herr Neumann regt an, dass sich jährlich mit den multiprofessionellen Teams und personellen Entwicklungen beschäftigt wird und es jährlich zum Schuljahresende auf die Tagesordnung kommt. Dem wird seitens des Vorsitzenden zugestimmt.

Herr Schöngarth fragt nach der Prüfung der vorher benannten Unterlagen, weshalb an allen Schulen Schulsozialarbeit angeboten wird, ausgenommen an der Reinhard-Lakomy-Grundschule in Gaglow. Er würde gerne den Grund wissen. Frau Belle verweist auf die dahinter liegende Berechnung/Kriterien, eine ausführliche Erklärung wird bilateral nachgereicht.

Frau Strehlau fragt nach der Perspektive des Einsatzes von Schulgesundheitsfachkräften an weiterführenden Schulen. Mit Blick auf das Ü7-Verfahren würden zunehmend Kinder mit gesundheitlichen Unterstützungsbedarfen oder chronischen Erkrankungen an diese Schulen wechseln. Frau Belle führt dazu aus, dass im Ü7-Verfahren Bedarfe mit betrachtet werden. Herr Kochan ergänzt, dass das Konzept der multiprofessionellen Teams auch die Startchancen-Programm-Schulen in die Möglichkeit versetzt, darüber Fachkräfte an die Schulen zu holen, wenn auch nicht verstetigt. Er dankt Herrn Greifenhagen für die Unterstützung und Umsetzung des Konzeptes. Herr Dr. Kaun ergänzt, dass die Johanniter auch den Schulsanitätsdienst begleiten, der an den weiterführenden Schulen etabliert ist und eine gute Basis bietet, um eine Grundversorgung darzustellen. Auch wenn er eine Schulgesundheitsfachkraft nicht ersetzt, ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

Herr Dr. Wünsch fragt an Herrn Greifenhagen gerichtet, ob der Bedarf an besonderen Hilfen in den letzten Jahren gestiegen ist sowie nach dem Ablauf der Lerntherapie (im Schulunterricht oder per Extrabetreuung). Herr Greifenhagen bestätigt, dass der Bedarf steigt, nicht nur in Cottbus, sondern auch darüber hinaus, insbesondere im Bereich Autismus (mehr Diagnosen im Autismusspektrum). Zudem gibt es in Brandenburg immer mehr Kinder mit FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorder – fetales Alkoholsyndrom), die zur Welt kommen. Er nennt als Grund für die Bedarfssteigerung auch die sinkende Zahl an Förderschulen in Brandenburg in Verbindung mit dem Inklusionsgedanken, wodurch mehr Kinder in Regelschulen inkludiert werden, welche vorher in kleineren Klassen in Förderschulen beschult worden sind. Die Lerntherapie diene der Behandlung von Lese-Rechtschreib-Schwäche sowie Dyskalkulie und findet entweder nach dem Unterricht oder durch zeitweise Freistellung vom Unterricht statt.

TOP 6.2

Zum Stand: Externes Handlungskonzept Rechtsextremismus/ExKoRex

Dokument: Präsentation

Lars Greifenhagen, Prokurist, Johanniter-Dienste Berlin/Brandenburg gGmbH

Herr Greifenhagen führt aus (siehe Präsentation). Er ergänzt, dass im Rahmen der „Boomtown“ eine Fortführung dringend angeraten wird, da Studien ergeben haben, dass es Gegenden mit Strukturen von (Rechts)Extremismus schwer haben, neue Einwohnende zu gewinnen oder dass sich größere Firmen ansiedeln.

Herr Neumann-Szonn fragt nach Orten und Instituten, die sich am Konzept beteiligen oder wenn nicht, was diese hindert? Herr Greifenhagen führt als sich nicht beteiligende Institution eine nicht namentlich benannte Wohnungsbaugesellschaft an, welche sich von einer bestimmten Klientel lösen möchte.

Frau Arnold führt aus, dass sich die Fraktion stark macht, dass zu zeitig nach außen kommuniziert wird, dass es sich um ‚mutmaßlich‘ rechte Gewalt handelt und der Stadt damit ein Stempel aufgedrückt wird, wenn es durch die Polizei noch nicht als tatsächlich rechte Gewalt bestätigt ist. Sie fragt, in wie weit das neue Konzept an die Ursachen der Entwicklungen herangeht. Herr Greifenhagen erklärt, dass an die Ursachen der Entwicklungen nicht herangegangen werden kann und diese so vielschichtig sind, dass es schwer ist, eine pauschale Aussage zu treffen. Das Handlungskonzept ist für die Erkennung von Strömungen, das Verhindern des Ausbreitens dieses Gedankenguts und rechtsextremistischer Strukturen und das an die Hand geben von Werkzeugen gedacht. Er weist nochmals darauf hin, dass eine Weiterführung einer Koordinierungsstelle ein Vorschlag bzw. eine Empfehlung ist.

Frau Arnold stellt die Nachfrage, ob Herr Greifenhagen es auch so sieht, dass sich gegen Extremismus engagiert werden würde, wenn kein Geld fließen würde? Herr Greifenhagen differenziert, dass es sehr gute ehrenamtliche Strukturen in diesem Bereich gibt, die ausschließlich ehrenamtlich am Handlungskonzept mitwirken. Aber jeder Mensch muss auch von etwas leben. Er begrüßt es, wenn er Mitarbeitende findet, die etwas mit Herzblut machen, und deklariert es als Mehrwert für den Arbeitgeber. Der Mehrwert für den Mitarbeitenden ist, dass man für die Sache, die man mit Herzblut macht, Geld bekommt und davon auch leben kann. Er führt zudem als Beispiel an, dass aus einem Studierendenprojekt zu ExKoRex sich 5 Studierende im Nachgang auch noch ehrenamtlich eingebracht haben. Die BTU und der Sportbund waren im ganzen Prozess dabei, die BTU hat für sich dann eigene Strukturen geschaffen, wie sie das in ihrer Universität umsetzt.

Herr Hoffmann merkt an, dass im Vortag häufiger ‚rechts# mit ‚rechtsextrem‘ gleichgesetzt wird und bittet ihn, hier zukünftig eine bessere Differenzierung der Begriffe ‚rechts‘, als eine legitime demokratische Richtung, und ‚Rechtsextremismus‘ vorzunehmen.

Herr Koch fragt, welche Kontrollorgane benötigt werden, da keine Empfehlung gegeben wird wer oder was dies sein soll. Herr Greifenhagen führt aus, dass ein Kontrollorgan seiner Meinung nach immer staatlich/öffentlich sein sollte. Dahinter sollte eine freiwillige Selbstverpflichtung der Institutionen stehen, sich zur Demokratie zu bekennen und die eine demokratische Umsetzung des Handlungskonzeptes voranzubringen.

Frau Scheuerecker bedankt sich für die geleistete Arbeit und richtet sich an Frau Arnold: Sie ist seit 30 Jahren mit Herzblut Sozialarbeiterin, geht aber trotz Bezahlung mit Engagement und Arbeitszeiten weit über den üblichen Beruf hinaus. Sie „warnt“ davor, solch ein Engagement nur ins Ehrenamt zu verlagern. Man erwartet professionelle Arbeit von den Menschen, entsprechend sollte dafür auch angemessen bezahlt werden. Sie wirbt für die Kinderstadt als demokratischen Lernraum.

Herr Kotzur bekräftigt die Wichtigkeit der Durchführung der Konzepterstellung und bedankt sich für die Arbeit. Seiner Meinung nach ist jedoch auch die praktische Arbeit wichtig. Er bestärkt den Wunsch der Weiterführung, um mit praktischer Arbeit nach außen gehen zu können.

Herr Rabes fragt nach dem digitalen Streetwork als auch nach nicht vorhandener Beteiligung von Institutionen bei der Erarbeitung des Handlungskonzeptes und wie sich dies gezeigt hat. Herr Greifenhagen führt aus, dass z.B. auf Einladungen zu Netzwerktreffen, Veranstaltungen, Workshops und weiteres seitens einiger Institutionen nicht reagiert wurde. Zudem stellt er nachträglich nochmals Informationen zum digitalen Streetwork zur Verfügung.

[Nachtrag zum Protokoll: siehe Anlage]

Frau Belle fasst die Entwicklung des Handlungskonzeptes zusammen: Ausgangspunkt ist ein verwaltungsinternes Handlungskonzept gewesen, das anschließend gemeinsam mit Vereinen und weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft weiterentwickelt worden ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Umsetzung mit entsprechenden Maßnahmen unterstützt. Die Fortschreibung werde in Kürze vorgelegt. Auch künftig bleibe es wichtig, das Thema Demokratie dauerhaft in der Stadt zu verankern. Hierfür stünden innerhalb der Stadtverwaltung bereits entsprechende Stellen zur Verfügung, die sich sehr ausführlich schon mit dem Thema beschäftigen: die Stabsstelle Prävention, welche sich auch mit Demokratie beschäftigt sowie die Teamleitung Gesellschaftliche Grundsatzfragen, die sich auch über die Arbeitsgruppe Politische Bildung dort einbringt. Eine Weiterbegleitung kann damit erfolgen.

Herr Dr. Wünsch fragt, ob auf Basis des Vorgängerkonzeptes eine Auswertung und Ergebnisse benannt werden können, die mit der Weiterentwicklung des Konzeptes aufgezeigt werden können (in Form von Statistik o.ä.)? Herr Greifenhagen differenziert, dass Erfassung von Zahlen und Statistiken nicht zu den Projektaufgaben gehörten, sondern die Koordination von Netzwerken und dass diese das Handlungskonzept umsetzen und Verbesserungsvorschläge dafür machen. Jedoch sind Berichte einsehbar auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung: [BPB - Extremismus und Radikalisierung](#)

Herr Kotzur weist darauf hin, dass sich die Wirksamkeit des Handlungskonzeptes derzeit noch nicht anhand von Statistiken beurteilen lasse, da bislang überwiegend konzeptionell gearbeitet worden ist und sich die Umsetzung der Maßnahmen noch am Anfang befinde. Steigende Fallzahlen rechtsextremistischer Straftaten ließen daher keinen Rückschluss auf die Wirksamkeit des Konzeptes zu. Die Umsetzung grundlegender Strukturveränderungen sei langfristig angelegt und erfordere funktionierende Netzwerke sowie die Zusammenarbeit vieler Akteure. Er plädiert dafür, zunächst kleinere Maßnahmen gemeinsam umzusetzen und das Gesamtkonzept schrittweise weiterzuentwickeln.

Herr Neumann bedankt sich für die Arbeit und bietet an, dass wenn Unterstützungsbedarf seitens Verwaltung für Fördermittelakquise, Stadtverordnetenbeschlüsse o.ä. benötigt wird, sich gerne an die Fraktion gewendet werden kann.

Frau Piolka, Netzwerkkoordinatorin Kultur (INIK), schließt mit Informationen zu Angriffen auf Kulturorte an (siehe Präsentation).

Frau Arnold appelliert erneut, dass nichts als rechte Gewalt betitelt wird, das nicht dahingehend gesichert bestätigt ist. Sie warnt davor, solche Äußerungen in die Öffentlichkeit zu bringen, da der Stadt der braune Stempel aufgedrückt wird.

Frau Piolka führt aus, dass niemand probiert, Cottbus den braunen Stempel aufzudrücken. Es wird aufgezeigt, dass es das Problem gibt und das Handlungskonzept ein Instrument ist, dem Problem Herr zu werden. Das Totschweigen von einigen Seiten ist verwunderlich. Seitens der Akteurinnen und Akteure wird versucht aufzuzeigen, dass Cottbus auch bunt ist.

Herr Neumann schließt sich den Ausführungen von Frau Piolka an, auch wenn er das hehre Ziel von Frau Arnold versteht. Dennoch ist ein Verschweigen nicht hilfreich. Er ist der Meinung, dass ein Problembewusstsein geschaffen werden muss und die mehrheitliche Stadtgesellschaft als demokratische Stadtgesellschaft etwas dagegen tun will.

Herr Schwarzer stimmt Herrn Neumann zu.

Herr Hoffmann bittet erneut um differenzierte Nutzung der Wortwahl in Bezug auf ‚rechts‘ und ‚Rechtsextremismus‘.

Herr Schöngarth benennt auch den Angriff des AfD-Büros in der Mühlenstraße mit der Farbe der Zelle79, ‚linke‘ Beschmierungen in der Stadt etc. Er stellt die Frage, warum es keine Aufstellung gibt, was hierbei „von links“ oder „von rechts“ kommt.

Frau Puder verweist u.a. auf die Drucksache 21/1117 zu Angriffen auf Politiker, in welcher festgehalten ist, dass gegen AfD-Politiker die meisten Angriffe zu verzeichnen sind, welche sich einmal angeschaut werden sollte. Sie führt aus, dass von ‚unserer Demokratie‘ gesprochen wird und alle ein Recht auf Demokratie und Meinungsfreiheit haben.

TOP 6.3

Vorstellung der Wanderausstellung zur Suchtprävention an Schule

Dokument: Präsentation

Stephanie Nowak, Fachbereich Gesundheit

Mona-Luisa Groß, Caritas

Frau Nowak und Frau Groß führen aus (siehe Präsentation).

Frau Heger erfragt, ob die Wanderausstellung um z.B. das Thema Medikamentensucht bei Jugendlichen erweiterbar wäre? Frau Groß erklärt, dass das Thema Medikamente inhaltlich bereits bei den synthetischen Drogen mit angerissen ist. Auch das Thema digitales Streetwork ist mit einem Verweis auf ein Team in Cottbus enthalten. Zudem beschäftigt sich der Jugendhilfe e.V. derzeit mit einem Konzept dazu. Es gibt zudem einen FASD-Koffer, den sich Schulen separat ausleihen und eine Unterrichtsstunde dazu durchführen können.

Herr Kotzur begrüßt das Projekt und fragt nach dem pädagogischen Ansatz und der pädagogischen Zielstellung der Ausstellung. Seiner Ansicht nach müssen Drogen eher verteufelt und ohne Toleranz bekämpft werden, anstatt mit einem seichten Ansatz mit bewusstem Konsum zu arbeiten. Frau Groß erläutert, dass die Ausstellung präventiv ausgerichtet sei. Im Mittelpunkt stehe die Stärkung der Entscheidungsfähigkeit junger Menschen sowie die Förderung eines reflektierten und selbstbewussten Umgangs mit dem Thema Drogen. Frau Nowak ergänzt, dass es um Vermittlung von Faktenwissen geht, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Das Material der Ausstellung ist nicht als alleiniges Material gedacht, sondern als ergänzendes Instrument zu z.B. entsprechenden (Projekt)Wochen.

Frau Arnold begrüßt die Wanderausstellung und fragt nach dem Sachstand zur Rücknahme der Legalisierung von Cannabis. Herr Dr. Kaun lehnt das Thema im Rahmen des Ausschusses ab.

Herr Schöngarth unterstützt die Aussagen von Frau Arnold. Er fragt an Frau Groß gerichtet, ob Ansprechpartner den Schülerinnen und Schülern im Nachgang der Nutzung der Ausstellung noch zur Verfügung stehen, falls Kinder Gesprächsbedarf haben? Frau Groß erklärt, dass dafür Fachkräfte an den jeweiligen Schulen ausgebildet und sensibilisiert werden sollen.

Herr Kahl hatte das Projekt heute in seiner Schule in einer 7. Klasse und bedankt sich für die Durchführung, da es sehr gut angekommen ist. Frau Groß erklärt, dass aktuell noch eine Testphase läuft und das Projekt offiziell mit dem kommenden Schuljahr startet.

TOP 6.4

Stand der Schulentwicklungsplanung (SEP) 2027 ff.

Dokument: Präsentation

Robert Kochan, Fachbereichsleiter Fachbereich Schulen

Frau Belle führt vornweg aus, dass die Schulentwicklungsplanung immer im Einvernehmen mit dem Landkreis SPN erarbeitet wird und gibt einen Ausblick auf eine künftig noch engere Verzahnung der Planung. Herr Kochan führt anhand der Präsentation zur Zeitschiene und Schwerpunkten aus.

Herr Schöngarth fragt, ob die Planung einer Einrichtung einer Förderklasse Lernen je Schule oder insgesamt gemeint ist. Herr Kochan erläutert, dass der prognostizierte Bedarf derzeit lediglich die Einrichtung einer Förderklasse, nicht jedoch einer eigenständigen Förderschule rechtfertige. Herr Schöngarth fragt nach dem Förderbedarf im Schwerpunkt Sprache. Herr Kochan erklärt, dass der Bedarf rückläufig ist in dem Bereich. Die Basis sind die vom staatlichen Schulamt zur Verfügung gestellten Zahlen, die ausgewertet und genutzt werden.

Frau Strehlau fragt nach den Planungen bezüglich Schulplätzen für Kinder mit einem Förderbedarf im Bereich geistiger Entwicklung, die auch teils schwerste Mehrfachbehinderungen mit sich bringen. Insbesondere die Spreeschule hat ihre Kapazitätsgrenzen erreicht, jedoch steigt der Bedarf an Plätzen weiter an.

Herr Kochan erklärt, dass weiterhin an der Kapazitätserweiterung der Spreeschule am Standort Elisabeth-Wolf-Straße festgehalten wird. Aber es gibt alternative Modelle und Vorschläge, sollte die Kapazitätserweiterung später eintreffen.

Herr Neumann fragt nach dem Stand zum neuen Standort der Schule des Zweiten Bildungsweges und wie der Zeitpunkt des Umzugs ist. Herr Kochan erklärt, dass ein Gebäude gefunden wurde, die Schule fühlt sich dabei gut abgeholt, aktuell laufen noch Mietvertragsverhandlungen, daher folgen weitere Infos zu gegebenem Zeitpunkt. Der Umzug ist für Anfang 2027 geplant.

Herr Fischer fragt nach der interkommunalen Arbeit mit dem Landkreis Spree-Neiße und wie diese genau abläuft. Frau Belle erklärt, dass sich im Rahmen der interkommunalen Arbeit langfristig eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung aufstellen lässt.

Herr Kotzur fragt nach der zukünftigen Lage der SZBW – innenstädtisch oder innenstadtnah?
Frau Belle: Innenstadtnah, verkehrlich gut angebunden mit dem ÖPNV.

Frau Scheuerecker führt aus, dass sie ‚Bauchschmerzen‘ mit der Einrichtung der Förderklasse hat oder wenn der Begriff der Förderschule fällt, da sich auf den Weg der Inklusion gemacht wurde und jetzt wieder zurückgerudert wird. Für sie klingt es nach Separierung von Schülerinnen und Schülern. Frau Belle erläutert, dass es im Bereich der Förderschwerpunkte Lernen und geistige Entwicklung unterschiedliche Unterstützungsbedarfe gebe, die durch die bestehenden Angebote nicht immer ausreichend abgedeckt werden könnten. Ziel der geplanten Förderklasse sei es, eine größere Durchlässigkeit zwischen Förder- und Regelschulsystem zu ermöglichen und gleichzeitig die Schulen organisatorisch zu entlasten. Der Begriff Förderklasse ist im Brandenburgischen Schulgesetz verankert. Die Idee wurde gemeinsam mit dem pädagogischen Bereich entwickelt. Für Herrn Neumann-Szonn sind die Überlegungen und das Konzept nichts Neues, jedoch fehlt ihm die Fantasie, dass ein neues Konzept gefunden werden kann, was eine Extraklasse für den Förderschwerpunkt Lernen rechtfertigen würde, da die Klassen eine bestimmte Zusammensetzung haben. Er fragt z.B., ob die Klassen jahrgangsübergreifend eingerichtet werden. Er bittet um Aufklärung, wie sich dies alles vorgestellt wird.

Herr Kochan führt aus, dass dies ein Auftrag im Rahmen der Beschlussfassung sein wird, dies ordentlich herauszuarbeiten. Es erfolgt eine enge Abstimmung mit dem MBS mit dem Ziel, die Bedarfe an Schulen organisatorisch und schulrechtlich mit einem Angebot zu unterstützen. Mit dem Förderklassenzug soll ein Angebot gemacht werden, das aufwachsend ist, und mit dem den Eltern die Möglichkeit geboten werden soll, ihre Kinder für diese Klasse an der Schule anzumelden. Dies kann eine Verschiebung von Schülerinnen und Schülern innerhalb der Schulen bewirken. Die Schülerzahlen für eine Mindestzügigkeit sind gegeben. Aus der Praxis wird rückgespiegelt, dass die dann vorherrschende Klassenstärke von 15 Schülerinnen und Schüler je Klasse einen positiven Effekt bringen wird. Frau Scheuerecker ist der Meinung, dass das „Sammeln“ von Schülerinnen und Schülern aus anderen Schulen die Separation verstärkt. Sie würde es befürworten, mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen, die Klassen an allen Schulen kleiner zu gestalten. Davon hätten alle Kinder etwas, nicht nur jene mit besonderen Bedarfen.

Herr Kochan führt aus, dass die Klassenzuteilung dem Staatlichen Schulamt obliegt, die Stadt sich aber bemüht, den Weg der kleineren Klassen dort aufzuschließen.

Herr Neumann-Szonn bittet um rechtzeitige Mitnahme des Ausschusses bzgl. eines Beschlusses zur Einrichtung einer Förderklasse, damit sich mit den verschiedenen Optionen auseinandergesetzt werden kann. Frau Arnold findet die Einrichtung einer Förderklasse empfehlenswert.

TOP 7

Vorlagen der Verwaltung

TOP 7.1

Vergabeentscheidung zur Beauftragung von Planungsleistungen die LP 1 und LP 2 nach Durchführung eines EU-weiten VgV-Vergabeverfahrens Objektplanung „Entwicklung Gesamtschulstandort Joliot-Curie-Straße/Gartenstraße“ (Gebäude und Innenräume sowie Gutachten, z.B. Brandschutz)

Dokument: II.1-008/26 StVV

Anja Zimmermann, Fachbereichsleitung Fachbereich 65 Hochbau

Regelungen zum Umgang mit Vergaben und Zuschlägen regelt die Hauptsatzung der Stadt. Die Beauftragung der Planungsleistungen samt aller weiteren auflaufenden Kosten wird 2 Mio. € überschreiten, was einen Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung bedarf. Mit Abschluss des Vergabeverfahrens soll die Planung für die Leistungsphase 1 sowie anteilig die LP 2 (Vorplanung) vergeben werden (siehe Vorlage).

Herr Dr. Wünsch fragt, wodurch sich der Gewinner der Ausschreibung in entscheidenden Punkten qualifiziert? Frau Zimmermann verweist auf die Bewertungsmatrix zur Vergabe.

Herr Dr. Kaun stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10 | Ablehnung: 0 | Enthaltung: 0

> einstimmig zur Beschlussfassung für die StVV empfohlen

TOP 8

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Es lagen keine Anträge vor.

TOP 9

Sonstiges

Frau Grube kündigt das Spree-Konzert am 28. Juni 2026 an und lädt herzlich zur Teilnahme ein: <https://www.spreekonzert.de/>

Frau Belle stellt die Ausschreibung der Vergabe des Preises für ein herausragendes sozialgesellschaftliches Engagement junger Menschen in 2026, siehe Amtsblatt Nr. 10/2026 vom 23.05.2026, Seite 3: <https://cottbus.de/ortsrecht/amtsblatt/amtsblatt-nr-10-2026-vom-23-05-2026/>

Herr Schöngarth verweist auf die internationale Qualifizierung der Cottbuser Cheerleader und schlägt vor, dass diese auch finanziell unterstützt werden könnten.

Herr Schwarzer kündigt das Unoptimal-Festival im Checkov am Wochenende des 06. und 07.06.2026 an.

Es liegen keine Themen für den nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung vor. Die Ausschusssitzung wird von Herrn Dr. Kaun um 19:43 Uhr geschlossen.

Cottbus/Chóšebuz, 03.07.2026

gez.

Dr. Mario Kaun

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Sport, Kultur
und sorbische/wendische Angelegenheiten